



# Bundestags- brief

Nr. 175 • Die Woche im Bundestag • 03.07.2015



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Der Bund bekennt sich zu nachhaltigen Investitionen in die Infrastruktur der Kulturation

Mit der Plenarsitzung am Freitag geht die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der parlamentarischen Sommerpause zu Ende. In den vergangenen Wochen und Monaten sind für viele Kulturprojekte entscheidende Weichenstellungen erfolgt, die zeigen, wie nachhaltig der Bund die Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur in Deutschland stärkt.

Besten Beleg dafür ist der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2016, den das Kabinett an diesem Mittwoch beschlossen hat. So sieht der Entwurf vor, die Ausgaben für Kultur und Medien gegenüber dem Entwurf des Vorjahres noch einmal um fünf Prozent zu erhöhen. Das entspricht zusätzlichen 60 Millionen Euro, die für die Verbesserung der Kultur-Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen.

Davon sollen allein 38 Millionen Euro für den Ausgleich gestiegener Personalkosten zur Verfügung stehen. Bisher mussten projektgeförderte Häuser, aber auch viele institutionelle Einrichtungen höhere Tarifabschlüsse durch Einsparungen in ihren Etats ausgleichen. Dank der zusätzlichen Mittel haben viele Kultureinrichtungen nun endlich wieder Spielraum, um neue Projekte zu verwirklichen.

Das Engagement des Bundes beschränkt sich dabei nicht nur auf Erhöhungen des Etats, sondern findet seinen Ausdruck auch in der beherzten Umsetzung einmal beschlossener Projekte:

Bereits im Juni konnten wir das Richtfest des Berliner Schlosses feiern, das sich weiterhin im Kosten- und Zeitplan befindet. Das Schloss wird mit dem Humboldt-Forum das wichtigste Kulturprojekt unseres Landes beherbergen. Mit Neil MacGregor konnte darüber hinaus für die inhaltliche Ausgestaltung des Humboldt-Forums ein Museumsmacher von Weltrang gewonnen werden.

Fast zeitgleich konnte auch auf einer weiteren „Kulturbaustelle“ Richtfest gefeiert werden: Die Barenboim-Said-Akademie wird internationale, auch israelische und arabische Musiker zusammenbringen, um durch die Musik Dialoge und Versöhnungsprozesse anzustoßen.

Zugleich unterstützt der Bund unter anderem die Sanierung und Erweiterung des Bauhaus-Archivs in Berlin mit mehr als 28 Millionen Euro, die Dachsanierung des Kunstforums Ostdeutsche Galerie in Regensburg mit 15 Millionen Euro sowie die Erweiterung des Macke-Hauses in Bonn mit mehr als 3,5 Millionen Euro. Auch die Planungen für ein Museum der Moderne in Berlin, dessen Bau durch den Bund mit 200 Millionen Euro unterstützt wird, schreiten kontinuierlich voran.

Die verheerende Wirkung des Hochwassers im Jahr 2013 hat auch vor kulturellen Einrichtungen keinen Halt gemacht. Zur Beseitigung der damit einhergehenden Schäden hat der Bund bislang bereits knapp 140 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Dazu kommen weitere 21 Millionen Euro, die der Bund im Rahmen des Denkmalschutz-Sonderprogramms allein im Jahr 2015 deutschlandweit 124 Projektvorhaben zur Verfügung stellt.

Mit seinem großen Engagement gibt der Bund den Künsten eine Perspektive und geht mit gutem Beispiel voran. Er unterstützt die Länder und Kommunen, um unsere kulturelle Infrastruktur zu erhalten, die weltweit ihresgleichen sucht. Denn wir wissen: diese kulturellen Grundlagen sind kein dekorativer Luxus, sondern ein tragendes Fundament unserer Gesellschaft. Ihr Erhalt und ihre Pflege sind eine gesamtstaatliche Verpflichtung, der wir gerecht werden müssen, um Deutschlands Ruf als eine führende Kulturation, als Land der Dichter und Denker gerecht zu werden.

## **Ernste Lage in Europa**

Griechenland hat die Verhandlungen mit den Institutionen und damit auch mit der Eurogruppe abgebrochen und völlig überraschend ein Referendum angekündigt.

Damit hat die griechische Regierung Europa und vor allem die eigene Bevölkerung in eine schwierige Situation gebracht.

Stundenlang haben die Verantwortlichen in Brüssel darum gerungen, für Griechenland eine Lösung zu finden, die mit den Regeln Europas vereinbar ist.

Die griechische Regierung hat aber offensichtlich immer darauf gesetzt, Geld zu erhalten, ohne Verpflichtungen erfüllen zu müssen. Dass dies nicht gehen wird, musste der Regierung schon im Hinblick auf die Grundsätze des IWF klar sein.

Es geht hier nicht um die Frage von Schuld. Es geht aber sehr wohl um die Frage der Verantwortung. Und da hat Griechenland die Verantwortung für die jetzt entstandene Lage zu tragen, weil die Regierung in Athen die Verhandlungen abgebrochen hat. Ein völlig unverständlicher Vorgang.

Jetzt muss das Referendum abgewartet werden. Und dann kann die griechische Regierung Anträge nach den geltenden Regeln in der EU stellen. Dies wären dann die Regeln des ESM. Aber auch hier gilt das Prinzip von Leistung und Gegenleistung.

Die verhaltene Reaktion der Märkte zeigt, dass die Rettungsprogramme in Europa gewirkt haben. Europa kann diese Situation jetzt viel besser verkraften, weil wir viel erreicht haben. Noch vor den Rettungsprogrammen und den Stabilisierungsmaßnahmen hätte eine Entscheidung wie jetzt in Griechenland enorme Eruptionen auslösen können.

Für Europa ist dies eine traurige Situation. Aber Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble hat Recht, wenn er darauf verweist, nicht das Einhalten von Regeln gefährdet Europa, sondern Europa kommt in höchste Schwierigkeiten, wenn Regeln nicht mehr gelten.

## **Internationalen Terror gemeinsam bekämpfen**

In der vergangenen Woche sind in Tunesien, Kuwait und Frankreich brutale Terroranschläge verübt worden, denen viele Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Wir alle sollten uns im Klaren sein, dass man derartige Angriffe nicht durch Wegsehen oder gar Nachgeben gegenüber den Verbrechern verhindern kann.

Terror muss mit entschiedenen Maßnahmen begegnet werden. Bei uns im Land haben wir mit einer besseren Ausstattung und Zusammenarbeit unserer Sicherheitsbehörden reagiert – nicht zuletzt durch Gesetzesbeschlüsse wie in dieser Woche, mit denen wir als Lehre aus den NSU-Mordanschlägen die Kooperation der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern verbessern.

Umso verwunderlicher ist so mancher Diskussionsbeitrag, der die Zusammenarbeit der Behörden ausgerechnet beim Kampf gegen international operierende Verbrechernetzwerke für demokratiefeindlich hält. Das Gegenteil ist richtig: Unsere Freiheit ist in allererster Linie durch den Terror bedroht und nichts anderes. Deswegen dürfen wir unsere Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden nicht ohne das notwendige rechtliche Instrumentarium lassen. Um sich gegen den islamistischen Terror zur Wehr zu setzen, braucht es eine noch intensivere internationale Zusammenarbeit.

## **Sterbebegleitung statt Lebensbeendigung.**

Die Frage, wie wir rechtlich mit Beihilfe zur Selbsttötung umgehen, beschäftigt den Deutschen Bundestag schon seit einiger Zeit. In dieser Wahlperiode haben wir uns darauf verständigt, diese Frage zur Entscheidung zu bringen.

Die entsprechenden Gruppenanträge dazu liegen nun vor und gehen in dieser Woche in die erste Lesung. In unserer Fraktion haben wir dazu bereits im Rahmen Sitzung im September 2014 intensiv diskutiert. Wir werden diese wichtige ethische Frage mit dem angemessenen Ernst und vor allem im Bewusstsein der Sorgen der unheilbar Kranken in unserem Land in Ruhe und mit Würde führen. Die zweite und dritte Lesung der Gruppenanträge wird im Herbst stattfinden.

## **CDU - 70 Jahre gemeinsam für Deutschlands Zukunft**

Der Berliner Gründungsaufwurf der CDU beschrieb 1945 die unglaubliche Herausforderung, vor der sich unser Land sah: „Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat, kann eine Ordnung in demokratischer Freiheit nur erstehen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer mehr erschließen.“

Mit Ende des Zweiten Weltkriegs war Deutschland militärisch, wirtschaftlich und moralisch am Ende. Wer an eine Zukunft zu glauben wagte, wurde nicht zu Unrecht als Phantast angesehen. Das galt auch für den politischen Wiederaufbau unsers Landes. Sollte man zurück in die alten Weimarer Gräben oder konnte man Neues schaffen?

Die Erfolgsgeschichte der CDU und ihrer Bundeskanzler, die unser Land aus den Trümmerhaufen des Jahres 1945 heraus in ein geeintes Europa, in ein wiedervereintes Deutschland, zu wirtschaftlichem Erfolg und innerem wie äußerem Frieden geführt haben, wuchs aus der Entscheidung, etwas ganz Neues zu wagen. Dieses Wagnis war die Union, die Vereinigung alter Widersprüche und Gegner.

Überkommene Gegensätze zwischen Konfessionen, Schichten und Regionen wurden überwunden. Auf diese Weise, in der Einigung auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes und der christlich-jüdischen Tradition unseres Landes, wurde Kraft für die großen Aufgaben freigesetzt.

Gemeinsam waren und sind wir bereit, Verantwortung für unser Land zu tragen. Wir hinterfragen Veränderungen und setzen sie mit Mut und Zuversicht um. Dabei stellen wir den Menschen - nicht ein programmatisches Wunschmodell von der Welt - in den Mittelpunkt.

Wir trauen jedem Einzelnen etwas zu. Mut und Veränderungsbereitschaft waren der Kompass der letzten 70 Jahre. Daran wollen wir auch in Zukunft festhalten.

## **25 Jahre deutsche Währungseinheit**

Auch ein zweites Jubiläum, das wir in dieser Woche feiern konnten, ist eng mit der Union verbunden: Ab dem 1. Juli 1990 konnten die Menschen in der DDR mit der D-Mark zahlen.

Auch Gehälter und Renten wurden bereits vor Herstellung der staatlichen Einheit auf die gemeinsame Währung umgestellt. Dass die Währungsunion schon vor der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten vorgenommen wurde, hatte Bundeskanzler Helmut Kohl bereits im Februar 1990 beschlossen.

Dass es politisch richtig war, die Entscheidung, die sich als glückliche Erinnerung in den Lebensläufen vieler Menschen in Ost und West eingeschrieben hat, so zu treffen, bringt ein Satz aus dem Wendejahr 1990 auf den Punkt: „Entweder die D-Mark kommt zu uns oder wir kommen zur D-Mark.“

Nach dem Ende des menschenverachtenden und todbringenden Grenzregimes der SED zeigten viele Bürger der DDR, was sie von dem Ergebnis jahrzehntelanger Misswirtschaft hielten. Um die mit dem massenhaften Auszug aus der Mangelwirtschaft drohenden Verwerfungen aufzufangen, musste ein klares und vor allem rasches Zeichen gesetzt werden.

Die Währungsunion hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Wiedervereinigung gelingen konnte. Auf ihr konnte eine Wirtschafts- und Sozialunion aufbauen und für geregelte wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in Ost und West sorgen.

## **Kurs halten in der Haushaltspolitik**

Das Kabinett hat in dieser Woche die Entwürfe für den Bundeshaushalt 2016 und für den Finanzplan für 2015 bis 2019 beschlossen.

Die „schwarze Null“ von 2014 und 2015, also der ausgeglichene Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung, wird damit auch in den Jahren 2016 bis 2019 ohne Wenn und Aber fortgeschrieben.

Mit dem Kabinettsbeschluss setzt die Bundesregierung starke Signale, die sich nahtlos in unsere Strategie des Wachstums auf der Basis solider Staatsfinanzen einfügen.

Die Ausgaben des Bundes sollen im kommenden Jahr um 10 ½ auf 312 Milliarden Euro angehoben werden. Dies wird möglich durch weiter steigende Steuereinnahmen.

Die Akzente bei den Ausgaben liegen auf der Umsetzung des Zehn-Milliarden-Euro-Pakets für wichtige Zukunftsinvestitionen sowie der Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit und der inneren Sicherheit.

Vollständig berücksichtigt sind auch die steuerlichen Entlastungen von über 5 Milliarden Euro durch die Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes, des Kinderzuschlags, des Alleinerziehendenfreibetrags und der Milderung der kalten Progression durch Verschiebung der Tarifgrenzen.

Mögliche Ausfälle aus den Hilfskrediten für Griechenland brauchen weder im Haushalt 2016 noch im anstehenden Finanzplanungszeitraum eingeplant zu werden, da die Tilgung ohnehin erst für die Jahre 2020 bis 2057 vorgesehen ist.

### **Innovationsbedingungen in Deutschland verbessern sich**

Im Vergleich mit 27 anderen OECD-Staaten erreicht Deutschland derzeit bei den Innovationsbedingungen den vierten Platz und positioniert sich damit zwei Plätze besser als vor drei Jahren. Die besten Innovationsbedingungen liegen in Finnland vor, gefolgt von der Schweiz und Südkorea.

Fortschritte gab es dank steigender Hochschulabsolventenzahlen im Teilbereich „innovationsrelevante Arbeitskräfte“ und bei der Durchlässigkeit des Bildungssystems.

Ausbaufähig ist Deutschlands Position bei den Rahmenbedingungen zur Umsetzung neuer Ideen und bei der Nutzung der Fachkräftepotenziale.

Insbesondere der demografische Wandel wird von den Autoren der Studie als Herausforderung für die künftigen Innovationsbedingungen in Deutschland identifiziert.

*(Quelle: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft)*

### **Folgen von Wohnungseinbrüchen**

Einer Befragung von rund 1.400 Opfern vollendeter oder versuchter Wohnungseinbrüche zufolge fühlen sich 46,5 Prozent der Betroffenen auch noch ein Jahr nach der Tat in ihrer gewohnten Umgebung unsicher.

42,2 Prozent berichten von Macht- und Hilflosigkeit oder Angst sowie Schlafstörungen als langfristige Konsequenz des Einbruchs. Verhaltensveränderungen nach der Tat sind insbesondere im Bereich des Sicherheits- und Präventionsverhaltens festzustellen. So haben zwei Drittel der Befragten nach dem Einbruch Sicherheitstechniken neu installiert, vor allem zur Sicherung von Türen und Fenstern. Im Mittel wurden dafür zusätzlich 500 Euro ausgegeben.

Die Sicherung von Wohnungen verhindert nachweislich Einbrüche: Waren Wohnungen mit Sicherheitstechnik ausgestattet, so gelangten die Täter in nur 64,6 Prozent der Fälle auch tatsächlich in die Wohnung. Gab es keine Sicherheitstechnik, so konnten sie den Wohnungseinbruch dagegen in 81 Prozent der Fälle vollenden.

*(Quelle: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.)*

### **Kinder gehen früh online**

Die Internetnutzung im Kindesalter wird immer selbstverständlicher: 55 Prozent der Achtjährigen sind regelmäßig online, bei den Sechsjährigen sind es 28 Prozent. Sogar bei den Dreijährigen nutzt jedes zehnte Kind das Internet.

Insgesamt verbieten aber noch 67 Prozent der Eltern Drei- bis Achtjähriger ihren Kindern, ins Internet zu gehen. Gleichzeitig sieht die deutliche Mehrheit von 65 Prozent die Chancen digitaler Medien für den Nachwuchs.

Die meisten sechs- bis achtjährigen Kinder spielen im Netz am liebsten Spiele (89 Prozent) oder schauen Fotos und Filme (75 Prozent). Die Recherche von Informationen (69 Prozent) erlangt dabei mit steigendem Alter eine immer höhere Bedeutung – insbesondere im Rahmen der schulischen Bildung.

*(Quelle: Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet)*